

Aktion zum Gedenktag für verstorbene Drogenabhängige am 21. Juli

Zeichen der Solidarität

MU 19.07.21



Wie im vergangenen Jahr wird es am 21. Juli wieder einen Infostand auf der Emsbrücke geben.

RHEINE. Der Drogenbericht der Bundesregierung wurde schon vor einiger Zeit veröffentlicht. Nun möchte auch die Drogenberatung der Aktion Selbsthilfe Rheine auf dieses von der Gesellschaft gerne verdrängte Thema hinweisen. 1581 Menschen sind im Jahr 2020 durch illegale Drogen gestorben. Eine Steigerung um 13 Prozent gegenüber dem Vorjahr, heißt es in einer Pressemitteilung des Vereins. „Und bei diesen Zahlen handelt es sich nur um die Spitze des Eisberges, da viele Todesfälle, die Spätfolgen von Drogenkonsum sind, hier nicht erwähnt werden“, so Joachim Jüngst, Leiter der Drogenberatung in Rheine.

Der 21. Juli ist seit ein paar Jahrzehnten der Internationale Gedenktag für diese Menschen. „Auch in Rheine und Umgebung sterben Men-

schen durch Drogenkonsum, weil sie oft entweder keinen anderen Ausweg aus ihrer Situation sehen, oder weil sie durch ihr Drogenleben weit aus der Gesellschaft gedrängt wurden“, heißt es in der Pressemitteilung. Die Drogenberatung in Rheine wird am Mittwoch, 21. Juli, von 13.30 bis 16.30 Uhr auf der Emsbrücke (Emsstraße) mit Informationen und einem Stand präsent sein. Zudem wird eine kleine Live-Performance von Jugendlichen zum Thema Abhängigkeit präsentiert.

Mit dem Gedenktag will die Drogenberatung verstorbenen Drogengebraucherinnen und Drogengebrauchern gedenken, aber auch auf dringend notwendige Veränderungen aufmerksam machen. „Statt Drogenkonsumentinnen und -konsumenten

zu verfolgen und zu kriminalisieren, sollten niedrigschwellige Hilfen ausgebaut werden“ so Joachim Jüngst. Mit einer Veranstaltung auf der Emsbrücke soll ein öffentliches Zeichen für Solidarität, gegen Kriminalisierung und Verfolgung und für Hilfe statt Strafe gesetzt werden.

„Die Lage ist für suchtkranke Menschen durch die Pandemie mehr denn je dramatisch“, berichtet auch Dorothea Ludwig, die Bundesdrogenbeauftragte (CSU). Viele seien durch Corona in eine verstärkte Lebenskrise geraten. Gewohnte Strukturen, persönliche Hilfsangebote und Ansprechpartner sind quasi von einem Tag auf den anderen weggebrochen. Suchthilfe vor Ort müsse gerade jetzt aufrechterhalten werden“, sagt Dorothea Ludwig.